## **S 10 KR 1612/03 W-A**

## Sozialgerichtsbarkeit Bundesrepublik Deutschland

Land Baden-Württemberg

Sozialgericht Landessozialgericht Baden-Württemberg

Sachgebiet Krankenversicherung

Abteilung 11

Kategorie Beschluss

Bemerkung -Rechtskraft -Deskriptoren -

Leitsätze Der Gegenstandswert beim Streit über

die Feststellung eines

sozialversicherungspflichtigen

Beschäftigungsverhältnisses bestimmt

sich nicht nach den ggfalls zu

entrichtenden

Sozialversicherungsbeiträgen, sondern ist

grundsätzlich auf den sog. Auffangstreitwert von 4000 €

festzusetzen. Der sich auf Grund der im Streit stehenden Dauer des Bestehens einer Versicherungspflicht ergebende wirtschaftliche Aspekt rechtfertigt ggfalls eine Erhöhung des Gegenstandswerts im

Rahmen der Schätzung.

Normenkette SGB IV § 7a; GKG § 13 Abs. 1 Satz 1; ZPO

§ 9; BRAGebO §§ 2; 8 Abs. 2 Satz 2 HS 2: 116 Abs. 2 Satz 1 Nr. 3; 118 Abs. 1 Nr. 1

1. Instanz

Aktenzeichen S 10 KR 1612/03 W-A

Datum 05.08.2003

2. Instanz

Aktenzeichen L 11 KR 3659/03 W-B

Datum 13.11.2003

3. Instanz

Datum -

Auf die Beschwerde der Beschwerdeführerin wird der Beschluss des Sozialgerichts Ulm vom 5. August 2003 abgeändert.Der Wert des Gegenstands der anwaltlichen Tätigkeit in dem Verfahren vor dem Sozialgericht Ulm (S 10 KR 1853/02) wird auf

8.000,-EUR festgesetzt.

Im Ã□brigen wird die Beschwerde zurückgewiesen.

Gründe:

١.

Die Beschwerde richtet sich gegen die Festsetzung des Gegenstandswertes. Im Ausgangsverfahren war zwischen den Beteiligten die Feststellung eines sozialversiche-rungspflichtigen BeschÄxftigungsverhÄxltnisses des Beigeladenen zu 1) zwischen dem 01.07.1994 und 30.09.1999 streitig. Nach Abschluss des sozialgerichtlichen Verfahrens beantragte die KlĤgerin die Kostenfestset-zung. Das Sozialgericht Ulm (SG) teilte den Beteiligten mit, dass es beabsichtige, den Gegenstandswert auf 4.000,- EUR festzusetzen. Die KlĤgerin trug dagegen vor, nach ihrer Auffas-sung sei als Gegenstandswert der Gesamtsozialversicherungsbeitrag, welcher von ihr fýr den Fall der Festsetzung der Arbeitnehmereigenschaft des Beigeladenen zu 1) zu entrichten gewe-sen wĤre, festzusetzen. Mit einer Festsetzung des Gegenstandswerts auf 4.000,- EUR sei mit Sicherheit das wirtschaftliche Interesse beider Parteien am Ausgang des Klageverfahrens nicht zutreffend bemessen. Mit Beschluss vom 05.08.2003, den ProzessbevollmÃxchtigten der KlÃxgerin zugestellt am 15.08.2003, setzte das SG den Wert des Gegenstands der anwaltlichen TÄxtigkeit auf 4.000,- EUR fest. In den Gründen führte es aus, entscheidend für die Festsetzung des Gegenstandswertes auf den sog. Auffangstreitwert mit 4.000,- EUR sei, dass im Klageverfahren allein die Statusfest-stellung des Beigeladenen zu 1) streitgegenstĤndlich gewesen sei. Die Beklagte habe mit dem angefochtenen Bescheid einzig ein abhĤngiges BeschĤftigungsverhĤltnis des Beigeladenen zu 1) ab Beginn seiner BeschĤftigung festgestellt. Sie habe nicht ļber eine etwaige Versiche-rungspflicht des Beigeladenen zu 1) zur Kranken-, Pflege-, Renten- und Arbeitslosenversiche-rung entschieden. Einem Statusfeststellungsverfahren gemäÃ∏ § 7a ff. Sozialgesetzbuch Viertes Buch (SGB IV) folge auch nicht zwingend eine Entscheidung über die Versicherungspflicht des potentiellen Arbeitnehmers. Selbst wenn die Beklagte nachfolgend über die Versicherungspflicht des Beigeladenen zu 1) habe entscheiden wollen und mit weiteren Verwaltungs-akten die entsprechenden SozialversicherungsbeitrĤge vom Arbeitgeber gefordert hAxtte, wA¼rde die BerA¼cksichtigung dieser wirtschaftlichen Folgen keine genļgenden Anhaltspunkte für eine angemessene SchĤtzung des Gegenstandswertes bieten. Die Versicherungspflicht des Beigeladenen zu 1) in den verschiedenen Zweigen der Sozialversicherung h\tilde{A}\tilde{x}nge nämlich nicht al-lein von der Feststellung eines abhängigen BeschĤftigungsverhĤltnisses ab. Beispielsweise kĶnnte aufgrund des ̸berschreitens der Jahresarbeitentgeltgrenze keine Versicherungspflicht in der Krankenversicherung bestehen. Die Versicherungspflicht in den einzelnen Zweigen der Sozialversicherung bestimme sich jeweils nach besonderen Vorschriften. Insofern stehe auf-grund der isolierten Feststellung eines abhämngigen BeschĤftigungsverhĤltnisses gerade nicht fest, ob Ľberhaupt Sozialversicherungspflicht in den einzelnen Zweigen eingetreten sei; kei-nesfalls

könne aber die Höhe der Beiträge abgeschätzt werden. Hiergegen hat die Beschwerdeführerin (Bf.) am 22.08.2003 Beschwerde eingelegt. Sie hat zur Begründung vorgetragen, eine Festsetzung des Gegenstandswerts auf 4.000,-EUR komme nur dann in Betracht, wenn genügend tatsÃxchliche Anhaltspunkte für eine andere Schätzung feh-len würden. Hier lägen jedoch tatsächliche Anhaltspunkte für eine andere Schätzung vor. Es wäre unschwer möglich, die Beschwerdegegnerin (Bg.) zur HĶhe der von ihr für den Fall der Feststellung der Arbeitnehmereigenschaft nachzuentrichtenden Gesamtsozialversicherungs-beitrags zu befragen und sie aufzufordern, eine entsprechende Berechnung vorzulegen. Auf jeden Fall sei der Gegenstandswert nicht zwangslĤufig auf 4.000,- EUR festzusetzen. § 8 Abs. 2 Bundesrechtsanwaltsgebührenordnung (BRAGO) führe ausdrýcklich aus, dass der Gegens-tandswert nach Lage des Falles durchaus auch höher eingeschätzt werden könne. Im Rahmen dieser EinschĤtzungsmĶglichkeit sei die Bedeutung der hier zu klĤrenden Frage fľr sämtliche Beteiligten zu berücksichtigen. Diese sei mit Sicherheit bei einem Gegenstandswert von 4.000,- EUR nicht zutreffend wiedergegeben. Plagemann/Klatt würden im Münchener Anwalts-handbuch Sozialrecht, 1. Aufl. 2003 zu § 43 RdZiff. 81 den Streitwert eines Feststellungsbe-scheids gemĤÃ∏ § 7a SGB IV mit dem geschätzten 3 ½-fachen Jahresbetrag gemäÃ□ § 9 Zi-vilprozeÃ□ordnung (ZPO) einstufen. Zumindest dieser sei auch dem hier gegenstĤndlichen Streitwert zugrunde zu legen. Die Bg. ist dem entgegengetreten. Das SG hat die Beschwerde unter Nichtabhilfe dem Senat zur Entscheidung vorgelegt.

II.

Die form- und fristgerecht eingelegte (§ 173 des Sozialgerichtsgesetzes â∏ SGG -) Beschwerde ist zulässig. Sie ist auch begrù⁄₄ndet, soweit der Wert des Gegenstandes der anwaltlichen Tätig-keit in den zugrunde liegenden Verfahren auf Feststellung eines sozialversicherungspflichti-gen Beschäftigungsverhältnisses des Beigegeladenen zu 1) lediglich auf 4.000,-EUR festgesetzt wurde. Der Gegenstandswert ist auf 8.000,-EUR festzusetzen. Die Festsetzung des Gegens-tandswerts entsprechend von der Antragsstellerin gegebenenfalls zu entrichtenden Gesamtso-zialversicherungsbeiträgen hat das SG jedoch zu Recht abgelehnt.

Die gesetzlichen Voraussetzungen fÃ $\frac{1}{4}$ r die Festsetzung des Gegenstandswertes in der hier an-zuwendenden bis 01.01.2002 gÃ $\frac{1}{4}$ ltig gewesenen Fassung sind in dem angefochtenen Beschluss zutreffend zitiert; hierauf nimmt der Senat zur Vermeidung von Wiederholungen Bezug. Er-gÃ $\alpha$ nzend ist lediglich anzufÃ $\alpha$ hren, dass fÃ $\alpha$ r den Fall, dass der Sach- und Streitstand keine ge-nÃ $\alpha$ genden tatsÃ $\alpha$ chlichen Anhaltspunkte fÃ $\alpha$ r eine SchÃ $\alpha$ tzung bietet, gemÃ $\alpha$ A $\alpha$ A $\alpha$ A $\alpha$ B 8 Abs. 2 Satz 2 zweiter Halbsatz BRAGO der Gegenstandswert auf 4.000,- EUR, nach Lage des Falles niedriger oder hÃ $\alpha$ her, jedoch nicht Ã $\alpha$ Aber 500.000,- EUR anzunehmen ist.

Entsprechend den Auff $\tilde{A}^{1/4}$ hrungen des Bundessozialgerichts (BSG) in seinen Urteilen vom 22.03.2001 -B 11 AL 91/00 R- und vom 04.09.2001 -B 7 AL 6/01 R-, denen sich der Senat anschlie $\tilde{A}_{\square}$ t, fehlt es auch bei dem Feststellungsbescheid im

vorliegenden Fall an hinreichenden Anhaltspunkten fýr eine SchÃxtzung nach der sich für die Antragstellerin ergebenden Bedeu-tung der Sache. Worauf bereits das SG zutreffend hingewiesen hat, sind im vorliegenden Fall noch nicht die SozialversicherungsbeitrĤge, sondern die im Vorfeld befindliche Frage, ob ü-berhaupt ein abhängiges Beschäftigungsverhältnis und die Versicherungspflicht anzunehmen ist, im Streit. Die "Bedeutung der Sache" im Sinne des hier heranzuziehenden <u>§ 13 Abs. 1 GKG</u> ist fÃ<sup>1</sup>/<sub>4</sub>r die Antragsstellerin geringer als bei einem Bescheid, der eine konkrete Zah-lungspflicht regeln würde. Die Regelung des Feststellungsbescheides erschäft sich im We-sentlichen darin, das Bestehen der Versicherungspflicht festzustellen. Deshalb kA¶nnen die erst noch durch einen weiteren Verwaltungsakt festzusetzenden SozialversicherungsbeitrĤge kei-nen Anhaltspunkt für die Schätzung des Gegenstandswertes des Feststellungsbescheids abge-ben. Anhaltspunkte für eine SchĤtzung vermĶgen auch Plagemann/Klatt im Mýnchener Anwalts-handbuch Sozialrecht, 1. Auflage 2003 zu § 43 Rdziff. 81 mit ihrem Vorschlag als Gegenstandswert bei einem Feststellungsbescheid gemĤÃ∏ § 7a SGB IV den geschätzten 3 ½ -fachen Jahresbetrag gemäÃ∏ § 9 ZPO festzusetzen, nicht zu liefern. Weshalb hier bei einem Feststel-lungsbescheid auf § 9 ZPO abgestellt werden soll, wird nicht begrļndet. Der ohne jegliche ErlĤuterung vorgeschlagene 3 ½ fache Wert erscheint willkürlich. Genauso hÃxtte auch eine andere Zahl genannt werden kA¶nnen. Die Autoren sprechen insoweit und hinsichtlich der weiteren von ihnen genannten Werte auch nur davon, dass es sich zum Teil um Diskussionsvor-schlĤge, die einer Weiterentwicklung bedļrfen wļrden, handele.

GrundsÃxtzlich ist der Gegenstandswert bei dem hier zugrundeliegenden Feststellungsbescheid deshalb auf den sog. Auffangstreitwert von 4.000,-EUR festzusetzen. Zu berýcksichtigen ist im konkreten Fall jedoch, dass es sich um das Bestehen der Versicherungspflicht eines Handels-vertreters ýber einen Zeitraum von 5 Jahren und 3 Monaten handelte. Der sich daraus erge-bende wirtschaftliche Aspekt fýr die Antragsstellerin veranlasst den Senat, den Gegenstands-wert nicht nur auf den Auffangstreitwert von 4.000,-EUR, sondern im Rahmen der SchÃxtzung auf 8.000,-EUR festzusetzen.

Die weitergehende Beschwerde im Hinblick auf einen noch h $\tilde{A}$ ¶heren Gegenstandswert war zur $\tilde{A}^{1}$ /4ckzuweisen.

Dieser Beschluss ist unanfechtbar (§ 177 SGG).

Erstellt am: 07.10.2004

Zuletzt verändert am: 21.12.2024